

Schuldenfrei in eine sichere Zukunft

# **Der FDP-Finanzkompass**

## **Entwurf für den Haushalt der Stadt Willich**

### **Das Arbeitspapier zum Willicher Haushalt**

- Stand 07.06.2010 -

Finanzarbeitskreis der FDP-Fraktion vom 10. Mai 2010  
Vorsitz: Karl-Heinz Koch, Ralf Klein

#### **Vorwort:**

Der Entwurf wurde von Mitgliedern der FDP-Fraktion erstellt. Er beinhaltet Vorschläge und Ideen, die bereits in anderen Kommunen erfolgreich umgesetzt werden. Ebenso sind eigene stadtrelevante Vorschläge und Ideen in die Check-Liste aufgenommen worden.

Die offene Check-Liste soll als Arbeitsunterlage für Verwaltung und für die Finanzkommission dienen. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll in erster Linie zu einem effektiven und bewussten Mentalitätswechsel in Politik und Verwaltung beitragen.

Hierbei legt die FDP-Fraktion größten Wert auf Nachhaltigkeit und die Einhaltung des Generationenvertrages. Wichtiges Ziel ist ebenso die Aufrechterhaltung eines möglichst großen Servicestandards gegenüber den Bürgern der Stadt. Diese wiederum spielen durch aktive Selbstbeteiligung eine wichtige Rolle im Rahmen der dauerhaften Haushaltssanierung. Anreiz im Rahmen der „Mitmach-Kommune“ ist die mittel- und langfristige Schaffung so genannter „Bürgerdividenden“.

## Grundvoraussetzungen auf dem Weg zur Konsolidierung:

I. Mentalitätswechsel in Politik, Verwaltung und Bevölkerung hinsichtlich der Realisierbarkeit einer Entschuldung:

1. Erkennen des ausgeglichenen Haushalts „Schwarzen Null“ als reale Möglichkeit und als erstes Ziel
  - *Es kämpft nur der, der erkennt, dass er tatsächlich etwas erreichen kann!*
2. Erkennen der Bedeutung zurückgewonnener Gestaltungsfreiheit - Realisierung des Potentials ungeahnter Investitionen durch Ersparnis bisher notwendiger Zinsaufwendungen
3. Beginn einer perspektivisch angelegten Konsolidierung
4. Große Transparenz des Entschuldungsprozesses für den Bürger und Einbindung der Bürger in Entscheidungen
5. Belohnung der Bürger durch Bürgerdividende z.B. in Form von Gebührenstabilität oder -senkungen
  - auf diese Weise kann Akzeptanz der Bürger für einschneidende Maßnahmen (z.B. durch Prägung eines Verständnisses von der Gemeinde- AG mit Bürgern als Gesellschaftern) erreicht werden ebenso wie
  - mehr Bereitschaft zum Ehrenamt

II. Parteiübergreifendes Einvernehmen im Rat und den Verwaltungsbereichen sowie zwischen Politik und Verwaltung über Sparbestrebungen: Sparen ist eine Tugend!

III. Deckelung freiwilliger Leistungen

IV. Einrichtung einer **Clearingstelle** für Änderungsanträge freiwilliger Leistungen, wobei die Vorsitzenden der Vereine und Institutionen, die freiwillige Leistungen erhalten, zusammen mit einem Verwaltungsvertreter die Clearingstelle bilden. Das Votum der Clearingstelle wird in jeder Vorlage zu Änderungsanträgen dargestellt.

## **Grundideen auf dem Weg zur Konsolidierung:**

1. Gemeinsame Erarbeitung eines Masterplans im breiten Diskurs mit Rat, Verwaltung, Vereinen und Bevölkerung, um den Konsolidierungspfad zu erreichen.
2. Aktives kommunales Finanzmanagement
  - Nutzung flächendeckender Kennzahlensysteme in NKF (Feststellen der eigenen Kostenposition- Vergleich mit anderen Kommunen, die die gleiche Leistung kostengünstiger anbieten)
  - Systematische Entschuldungsstrategie durch Festlegung eines realistischen Zeitraums und des Vorgehens beim Schuldenabbau
  - Fortsetzung eines risikobewussten Kredit- und Zinsmanagements (Einfache und konservative Zinstauschgeschäfte ohne Risiko, aber dafür mit verlässlicher Belastungsverringerung)
  - Zurückhaltende Schätzung zu erwartender Einnahmen
  - Zur gegebenen Zeit Verwendung von Überschüssen zur Schuldentilgung
  - Keine überflüssigen Ausgaben (am Ende des Jahres)
  - Schaffung finanzieller Planungssicherheit durch langjährige Festschreibung von Zuweisungen an soziale Träger
  - Orientierung bei Investitionen an Folgekosten (trotz Anschubmöglichkeit durch Fördergelder Investitions-Stop bei unkalkulierbaren Folgekosten)
  - Zum gegebenen Zeitpunkt Aufbau eines Pensionsfonds zur Entlastung künftiger Haushalte
  - Jährliche Überprüfung von Versicherungskosten
3. Erschließung von Potentialen zur Senkung der Kreisumlage durch Abstimmung zwischen Kommunen und Kreis hinsichtlich der vorzuhaltenden Kreiseinrichtungen
4. Zusammenarbeit mit der Kommunalaufsicht zur Ermittlung von Sparpotentialen

5. Monitoring des Personaleinsatzes und der Erfüllung der Pflichtaufgaben inklusive korrigierender Eingriffe nach betriebswirtschaftlichen Denkansätzen

- Zusammenlegung von Arbeitsbereichen
- Ausrichtung des Bestandes an Einrichtungen an demographischer Entwicklung (ggf. z.B. weniger Schulen, mehr Alteneinrichtungen)
- Reduzierung des Personals durch Ausnutzen der natürlichen Fluktuation
- Reduzierung des Personals, soweit durch Bevölkerungsrückgang entbehrlich
- Wiederbesetzungssperren vakanter Planstellen bis zur Klärung einer eventuellen Einsparmöglichkeit der Stellen (-> Weniger, aber stärker motiviertes Personal aufgrund schnellerer Beförderungen)

6. Verringerung der Kosten für den kommunalen Politikbetrieb

- Verringerung bzw. Zusammenlegung von Ausschüssen (z. B. Integration des Betriebsausschusses in den Haupt- und Finanzausschuss)
- Einführung von Sitzungswochen
- Reduzierung der Tagungshäufigkeit
- Nutzung/Optimierung des EDV-gestützten Ratsinformationssystems anstelle von Papierfluten (entsprechend der Funktion Zugang für alle Ratsmitglieder, sachkundigen Bürger und stellvertr. sachkundigen Bürger; es wird nur noch gedruckt was unbedingt notwendig ist, so z. B. die umfangreichen Unterlagen des Rates und des Planungsausschusses)
- Dementsprechend deutlich reduzierter Versand durch den Fahrtendienst
- **Austritt aus dem Städtetag: Einsparung in 5 Jahren ca. 100.000,00 Euro!**

7. Bürgerbeteiligung an der Entschuldung

- Sparvorschläge der Bürger, ggf. Sparwettbewerbe (**Mitmach-Homepage**)
- Symbolische Freikaufaktion von der Pro-Kopf-Verschuldung, wenn die „Null-Verschuldung“ annähernd erreicht wird (Option als medienwirksames Fernziel)
- Ehrenamtliche Einbindung in die kommunale Leistungserbringung
- Betrieb von Einrichtungen: Mithilfe von Trägervereinen und Kirchengemeinden

8. Interkommunale Zusammenarbeit zwischen Kommunen oder zwischen Kommunen und Kreis

- Gemeinsam betriebene oder genutzte Einrichtungen
- Gemeinsame Ausschreibung zur Beschaffung von Ausrüstung u. Geschäftsbedarf (nach Einigung auf gemeinsame Standards)
- Gemeinsame Nutzung von Gerätschaften mit der Folge der Reduzierung der vorzuhaltenden Geräte
- Gemeinsame Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern
- Verzicht auf freiwillige Leistungen mit Verweis der Bürger auf Angebote geeigneter Nachbarkommunen

9. Optimierung des Angebots freiwilliger Leistungen

10. Privatisierung kommunaler Aufgaben

**(ggf. Abgabe von Arbeiten an private Firmen; z. B. Rasen mähen)**

11. PPP (Private Public Partnerships) soweit wirtschaftlich sinnvoll

12. Veräußerung von unnötigen Vermögenswerten („Tafelsilber“ wie z. B. Liegenschaften etc., was nicht unbedingt nötig ist und auch langfristig keinen echten Nutzen bringt ist zu veräußern. **z. B. Verkauf des Biedemannsaals; Bindefrist nur bis 2012)**

13. Umwelt / Energie:

- Prüfung der energetischen Defiziten in öffentlichen Gebäuden (z. B. Schwimmbad); ggf. Prüfung / Vorschläge wie diese Situation mit langfristigen Projekten verbessert werden kann.
- Ein- und Ausschaltzeiten der Beleuchtung von öffentlichen Straßen / Ampelanlagen / Parks etc. prüfen. Wann müssen diese beleuchtet sein bzw. in welchen Zeiten nicht?
- Abbau von unnötigen Straßenschildern zwecks Verbesserung des Verkehrsflusses.

## **Einige bereits in NRW- Kommunen realisierte Beispiele konkreter Einsparpotentiale...**

### **...im Bereich aller denkbaren Querschnittsämtler:**

1. Zusammenlegung von Ämtern, z.B. Standesämtern, Jugendämtern  
Betreiben durch mehrere Kommunen
2. gemeinsamer Betrieb von Ämtern durch mehrere Kommunen ("shared services")
  - Optimierung der Bürgerbüro-Öffnungszeiten
  - interkommunales Finanzcenter
  - gemeinsame Servicestelle Personal
  - gemeinsame Erledigung von Aufgaben
  - gemeinsame Beschaffung von Arbeitsmaterial u.a.
  - gemeinsame Software, z.B. für Jugendhilfe (Dormagener Modell)
  - gemeinsame Rechtsberatung

### **...im Bereich des Kulturwesens:**

1. Einbindung der Bürger in den Betrieb von Museen / temporären Ausstellungen (z. B. als Aufsicht oder Kassenpersonal)
2. Leitung und Betrieb von Museen durch Trägervereine oder Kirchengemeinden
3. Aufrechterhaltung von Kultureinrichtungen nur durch eine Kommune statt mehrerer benachbarter Kommunen ggf. in Verbindung mit Angeboten für Bustransfers o.ä. zum Theater in der Nachbarstadt etc.
4. Forderung kostendeckender Nutzungsentgelte, zumindest von Erwachsenen

### **...im Bereich städtischer Bücherei:**

Betreuung der Ausleihe durch Bürger

### **...im Bereich des Sports:**

1. Einbindung der Bürger in den Betrieb von Sporteinrichtungen (z.B. zur Fußballplatzpflege)
2. Leitung und Betrieb von Sportstätten durch Trägervereine oder Kirchengemeinden
3. Aufrechterhaltung von Sportstätten nur durch eine Kommune in der Nachbarschaft, ggf. in Verbindung mit Angeboten für Bustransfers o.ä. zum Schwimmbad etc.
4. Bedarfsoptimierte Anpassung von Öffnungszeiten
5. Neue Setzung von Schwerpunkten bei städtischen Zuschüssen
6. Unterhaltung von Sportanlagen durch GmbH aus Sportvereinen und Stadt

**im Bereich Schulwesen:**

Anpassung des Gebäudemanagements entsprechend künftig rückläufiger  
Schülerzahlen

**...im Bereich Jugendämter:**

Kooperation mit anderen Kommunen  
(Prüfung, ob das Jugendamt mit dem besten Standard / der besten Leistungsfähigkeit  
Aufgaben anderer Kommunen übernehmen kann.)

**...im Bereich der Grünflächen- und Forstverwaltung:**

1. gemeinsame Pflege der Flächen mehrerer Kommunen
2. Vergabe von Beetpatenschaften
3. gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung und Material

**...im Bereich des ÖPNV**

1. Förderung von Bürgerbussen
2. Linienoptimierung Liniengesellschaften / Bürgerbusse

**Diese Check-Liste wurde durch die Mitglieder des Finanzarbeitskreises der  
FDP-Fraktion erstellt. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.**

**Stand: 7. Juni 2010**